

Die Arbeit... enthält morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 30 Pfg., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 20 Pfg. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Pöschel, Salmo-Russchlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30 Pfg. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E. L. Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile ober deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Anzeigenzettel. Kleine Anzeigen: Das festschriebene Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigenzettel. Laufende Anzeigen laut Fach, Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das festschriebene Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516 4603, 4625, 4649, 4821.

# GTREIF

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der Arbeiterkampf in Italien

### Eine neue Phase der Arbeiterbewegung

Seit einigen Tagen mehren sich die Nachrichten, daß die Arbeiter in einigen italienischen Industriebezirken zur Enteignung der Unternehmer übergegangen seien und die Produktion selbst in die Hand genommen hätten. Ein genaues Bild über diese Vorgänge zu geben, ist augenblicklich nicht möglich, weil die italienischen Parteiblätter noch nicht einseitige Berichte und die bürgerlichen Nachrichtenbüros nur einseitige Berichte liefern. Man wird also ein endgültiges Urteil über die Ereignisse in Italien bis zum Eintreffen genauerer Nachrichten zu stellen müssen. Man kann aber schon heute, wie bei allen großen Massenkämpfen, darauf hinweisen, daß die Kampfmethoden der italienischen Arbeiter ihnen von der Gegenseite ausgezogen worden sind. Was sich jetzt in Italien abspielt, ist nicht die Folge irgend eines tollkühnen Experiments, nicht das Ergebnis irgend einer verschwörerischen Aktion eines geheimen Komitees, sondern eine durch die Taktik der Unternehmerschaft heraufbeschworene neue Etappe der italienischen Arbeiterbewegung.

Ein vom 3. September datterter italienischer Bericht der „Berliner Tagwacht“ führt uns in die Vorgeschichte des italienischen Arbeiterkampfes hinein. Die Metallarbeiter verhandelten seit einem Monat mit den Vertretern der Metallindustrie. Die Arbeiterführer versuchten zu beweisen, daß die Löhne mit den hohen Lebensmittelpreisen in keinem Verhältnis stehen. Die Forderungen der Arbeiter wurden abgewiesen. Der in Mailand einberufene außerordentliche Kongress der Metallarbeiter behandelte auch hauptsächlich die Frage, wie die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen. Das Mittel der Obstruktion wurde angenommen und schon am 20. August erklärt. Die Obstruktion fand unter der Arbeiterschaft Anklang und entwickelte sich ziemlich schnell. 500 000 bis 600 000 Arbeiter nahmen diesen Kampf auf.

Die Folge des Obstruktionsbeschlusses war ein rapider Rückgang der Arbeitsleistung der Fabriken. In einigen Betrieben erreichte die Produktion etwa 20 Prozent des Normalen. Die Industriellen schritten darauf zur Betriebseinstellung und Aussperrung der Arbeiter. Die Arbeiterführer hatten damit gerechnet, und beschlossen, in diesem Falle selbst die Betriebe zu übernehmen, Fabrikräte zu gründen und weiter zu produzieren. Die Organisations der Metallarbeiter in der Lombardei gingen weiter. Sie proklamierten die Besetzung der Fabriken. Der Beschluß wurde von den Arbeitern überall einheitlich vollzogen. Die Arbeiter besetzten die Fabriken, verproklamierten sich, und verließen die Fabriken bei Nacht nicht. Die Unternehmer und die Direktoren haben die Fabriken verlassen.

Die Lage verschärfte sich dadurch, daß auch in Rom und Neapel die Arbeiter die Fabriken besetzt hatten. Die Besetzung der Fabriken dehnte sich allmählich aus. Ueber ganz Italien.

### Berschärft die Transportkontrolle!

Die Kontrollkommission Berlin-Brandenburg hat bei den mitgeteilten Verschiebungen von Kriegsmaterial schon des öfteren verhindert, daß Transporte dieser Art ihren Bestimmungsort erreichten und hat somit die Neutralität gewahrt, ohne daß sich Vorgänge wie in Erfurt daraus entwickelten. Für diese Vorkommnisse trifft in erster Linie die Regierung sowie den Reichsverkehrsminister mit seinen erlassenen Verfügungen selbst die Schuld. Haben sie doch bisher den von der Arbeiterschaft gewünschten Kontrollen durch ihre eigenen Organe nicht stattgegeben und den ins Leben gerufenen Kommissionen ihre Anerkennung versagt.

### Einrichtung eigener Kontrollstellen der Arbeiterschaft.

Den Kontrollstellen der Regierung sowie den höheren Eisenbahnbeamten steht die Arbeiterschaft mit Mißtrauen gegenüber, da nach den bisherigen Erfahrungen keine Gewähr gegeben ist, daß Transporte von Kriegsmaterial nicht nach Polen besördert werden.

Darum verweist die Kommission Berlin-Brandenburg nochmals auf den Aufruf vom Sonntag, den 5. September und fordert die Arbeiter, Beamten und Angestellten auf, sich in ihrer Kontrolltätigkeit durch nichts beirren zu lassen. Arbeiter, Beamte und Angestellte, die infolge ihrer Kontrolltätigkeit gemahngelt oder gestraft werden, sind der moralischen und der materiellen Unterstützung der Groß-Berliner Arbeiterschaft gewiß.

**Arbeiter! Angestellte und Beamte schützt die Neutralität! Wahrt die Solidarität!**  
Die Kontrollkommission Berlin-Brandenburg.

Vorkünftig führen die Arbeiterräte mit den Vertretern der Regierung Verhandlungen. Die Industriellen weigern sich noch immer, die Lohnforderungen zu erfüllen, indem sie erklären, daß das gleichbedeutend mit der Vernichtung der italienischen Metallindustrie sei. An den Verhandlungen nimmt auch Giolitti teil. Die große Presse sieht nur den politischen Zweck der Arbeiter und betrachtet den ganzen Kampf als Anwendung kommunistischer Methoden, die etwa aus Rußland importiert seien.

Die Arbeiterschaft gedenkt ebenfalls nicht nachzugeben. In ihrem Manifest fordert sie die Arbeiter zu einem Kampf bis zum Außersten auf. Sie befürwortet die staatliche Kontrolle der Industrie, die allein den Kampf belegen könnte. Sollte das Militär gegen die Arbeiterschaft einschreiten, so droht die mailändische Arbeiterschaft, alle Fabriken zu besetzen.

In weiten Kreisen ist man der Meinung, daß der Kampf der Metallarbeiter die ganze innere Politik erschüttert habe und unberechenbare Konsequenzen nach sich ziehen könnte.

### Die Verhandlungen

Rom, 8. September.

„Corriere della Sera“ schreibt, die sozialistischen Abgeordneten hätten erklärt, sie seien überzeugt, daß der Konflikt in der Metallindustrie leicht beigelegt werden könnte. Auch der Sekretär des Allgemeinen Italienischen Arbeiterbundes habe sich optimistisch ausgesprochen.

Nach Blättermeldungen solle die erste Zusammenkunft der Arbeiterdelegierten mit den Fabrikbesitzern in Mailand stattfinden. Der Widerstand des technischen Personals unter den Fabrikangestellten gegen die Metallarbeiter wachse. Die Ausführung der Arbeit ohne die nötige technische Leitung verursache den Arbeitern große Schwierigkeiten. Auf das Spezialistenpersonal werde ein bedeutender Druck ausgeübt, um es zu bewegen, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen. Der Verband der Ingenieure nehme jedoch den Arbeitern gegenüber eine ablehnende Haltung ein.

Paris, 8. September.

Nach einer Havasmeldung aus Rom wird die Lage dort wieder ernster beurteilt, da der Arbeitgeberverband beschlossen hat, nicht mit den Arbeitern zu verhandeln, wenn es sich nicht um rein wirtschaftliche Forderungen handelt und wenn die Arbeiter nicht die von ihnen besetzten Fabriken räumen.

### Internationale Solidarität

Rom, 8. September.

Die „Giornale d'Italia“ vertritt, haben die gewerkschaftlichen Organisationen Englands den italienischen Allgemeinen Arbeiterbund um Auskunft gebeten über die Bedeutung der italienischen Metallarbeiterbewegung. Wie sie erklärten, hätten sie die Absicht, die italienischen Arbeiter zu unterstützen, damit diese den Sieg erringen könnten.

## Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Zentralkomitee hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Parteitag am Sonntag, den 24. Oktober 1920 nach Halle einzuberufen.

- Als Tagesordnung ist festgesetzt:
1. Bericht der Zentralkleitung. Berichterstatter: Luise Zich.
  2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Wilhelm Bod.
  3. Die kommunistische Internationale und die Aufnahmebedingungen. Referenten: Crispian, Däumig, Dittmann und Siedet.

Berlin, den 8. September 1920. Das Zentralkomitee.

## Der englische Gewerkschaftskongress für die Bergarbeiter

London, 8. September.

Der Gewerkschaftskongress in Portsmouth nahm einstimmig eine Entschliessung an, in der erklärt wird, daß die Forderungen der Bergarbeiter angemessen und gerecht seien und daß ihnen sofort stattgegeben werden müßte.

St. London, 8. September.

Die Bergarbeitergewerkschaften haben beschlossen, der Einladung der Regierung zu Verhandlungen morgen Folge zu leisten.

## Die Arbeitslosigkeit

Von zwei Geiseln wird gegenwärtig die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung hart gequält. Arbeitslosigkeit und Lebensmittelpreiserhöhung sind die Ursachen des täglich weiter um sich greifenden Elends der Massen, das kaum noch steigerungsfähig erscheint. Die Hochkonjunktur, die durch den Tiefstand der Valuta veranlaßt, den deutschen Industriellen Milliardengewinne zugeschanzt hat, kehrt nun ihre Rehrseite einzig und allein der Arbeiterklasse zu. Sie ist es, die nach dem Willen der Kapitalisten unter ungeheuren Opfern an materiellen Werten und noch größeren Opfern an Gesundheit, Existenzsicherung und Lebensfreude dem Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft auf alter Grundlage herbeiführen soll. Ungeheurer Groll und Erbitterung, der nur eines einzigen Zündfunken bedarf, um alles zur Entladung zu bringen, steckt deshalb in der Arbeiterklasse, die nicht willens, hemmungslos zuzusehen, wie aus ihrer Haut Riemen geschnitten werden, mit aller Kraft gegen diesen schrankenlosen Ausbeutungswillen des Unternehmertums anzukämpfen sucht.

In Erkenntnis der ungeheuren Notlage der Massen und der Notwendigkeit, zu versuchen, sie mit allen Mitteln zu heben, hatte bereits zu Beginn der Reichstagsverhandlungen im Juni die Unabhängige Fraktion einen Antrag eingebracht, der sowohl eine Erhöhung der Unterstützungssätze der Arbeitslosen und sonstige Verbesserungen der Erwerbslosenfürsorge forderte, als auch die Wiederbelebung des Wirtschaftslbens durch umfangreiche Aufträge von Reich, Staat und Gemeinden vorsah. Unter völliger Teilnahmslosigkeit der bürgerlichen Parteien kam erst am Schluß der Tagung der Antrag der Unabhängigen Fraktion zur Beratung. Er wurde dem volkswirtschaftlichen Ausschuss zur Erledigung überwiesen, der nun endlich am Mittwoch — und was bezeichnend ist, unter der gleichen Teilnahmslosigkeit der bürgerlichen Parteien wie damals — die Beratung der Anträge begann.

Der Bericht, den der neue Reichsarbeitsminister Braun in der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses einleitend über den jetzigen Stand der Arbeitslosigkeit gab, zeigte ein erschreckendes Bild von dem Anwachsen der Erwerbslosigkeit seit Mitte dieses Jahres. Die amtliche Statistik gibt zwar die Zahl der unterstützten Erwerbslosen Ende August auf nicht ganz 500 000 an. Sie bleibt aber hinter dem wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit weit zurück. Groß-Berlin allein hat bereits am 1. August 150 312 gleich 46 Prozent der voll Erwerbslosen in Preußen gehabt. Auch in den übrigen Großstädten Deutschlands, an der Wasserfront und insbesondere in Sachsen, hat die Arbeitslosigkeit dauernd an Umfang zugenommen, und wird weiter zunehmen, sobald die kalte Witterung zu einem Erliegen der Saisongewerbe führt und der unvermeidliche Kohlenmangel in noch stärkerem Maße als im Vorjahre Anlaß zu weiteren Betriebseinstellungen und -einschränkungen ist. Die Zahl der nunmehr 11 Millionen arbeitenden, der Kurzarbeiter, nimmt ebenfalls überaus rasch zu, und ihre Zahl ist schon heute wesentlich größer als die Zahl der voll Erwerbslosen. Während in der Holzindustrie einer Großstadt am 7. August 1920 9300 Kollerwerbslose gezählt wurden, arbeiteten fast ebensoviel nur mit einer Wochenarbeitszeit von 24 Stunden und darunter mit etwa sechseinhalbtausend 24—48 Stunden. Die Folgen der Erwerbslosigkeit sind aber besonders schwer infolge ihrer langen Dauer. Am 8. August 1920 bezogen in Groß-Berlin Erwerbslosenunterstützung nach Ablauf der einwöchigen Karenzzeit:

	28 männliche und	2 weibliche Personen seit dem August 1920	
12935	4037	„	„
21745	7348	„	„
7732	1971	„	„
5688	1570	„	„
2297	559	„	„
1381	479	„	„
3232	665	„	„
2034	346	„	„
1598	329	„	„
672	235	„	„
3061	1484	„	„
			und länger

In Berlin waren also 12 332 (15 v. H.) männliche Erwerbslose und ihre Familien seit 6 Monaten und darunter, 4633 (5,5 v. H.) Erwerbslose und ihre Familien seit 9 Monaten und länger auf Erwerbslosenunterstützung angewiesen. Die Arbeitslosigkeit ist also durchaus nicht mehr eine rasch vorübergehende Erscheinung, sondern ein chronisches Uebel, das zu seiner Abhilfe ganz andere Mittel notwendig macht, als sie früher angewendet wurden. Wenn der Reichsarbeitsminister Braun zwar eine gewisse Erhöhung der Unterstützungssätze für notwendig erklärte, ihre Erhöhung auf ein Existenzminimum aber ablehnte, so ist das doch eine völlige Verkennung der Tatsache, daß eine Monate lang andauernde Erwerbslosigkeit eine viel höhere Unterstützung dringend notwendig macht, als eine vorübergehende Erwerbslosigkeit, deren Folgen für den Erwerbslosen nicht so furchtbar einschneidend sind, als wenn er Monate ohne jeden Erwerb ist. Aber selbst in all den erwähnten Zahlen wird der Umfang der Arbeitslosigkeit durchaus nicht erfaßt. Die



Familienangehörigen, die zahlreichen Kinder insbesondere leiden außerordentlich schwer unter der Erwerbslosigkeit ihrer Ernährer, und die in letzter Zeit wesentlich stärker hervortretende Kindersterblichkeit ist ein mahndendes Symptom für die Folgen dieser Geißel, die mit voller Wucht auf die Arbeiterklasse herabfällt und noch in künftigen Jahrzehnten ihre Wirkungen äußern wird.

Was hat nun die Regierung bis jetzt zur Vinderung der Arbeitslosigkeit getan? Aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge sind bisher, wie der Arbeitsminister im Ausschuss mitgeteilt hat, ganze 126 Millionen Mark bewilligt, wodurch 61.000 Erwerbslose auf die Dauer von 4-5 Monaten der Arbeitslosigkeit entzogen worden sind. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch der Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium vermochte lediglich Pläne darzulegen, von denen es noch nicht einmal sicher ist, ob sie die Zustimmung der Parteien und der Regierung finden werden. Was von ihm über die Notwendigkeit der Stetigkeit der Valuta gesagt wurde, war über die Gefährlichkeit der Freigabe der Einfuhr ausführte, und über die Neigung der Industriellen, sich lediglich auf ihre Ueberlegenheit auf dem Weltmarkt infolge des die Ausfuhr begünstigenden Standes der Valuta zu verlassen, anstatt wie früher durch gute Qualität der Waren sich den Weltmarkt zu erobern, halten wir für vollkommen zutreffend. Durchaus richtig kennzeichnet er, vielleicht ungewollt, den in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begründeten Widerstand, daß Millionen arbeitswillige Hände und ein ungeheurer Bedarf an Gütern verbunden sind mit völliger Mittellosigkeit. Der Preisabbau müsse deshalb systematisch in Angriff genommen werden. Es gelte die Beseitigung der zusätzlichen Kaufkraft, die in der ungeheuren schwebenden Schuld des Reiches von 130 Milliarden aufträte. Ordnung komme erst dann in das Wirtschaftsleben, wenn ein Ultimatum die Notenpresse erfolge, wenn die schwebenden Schulden beseitigt, wenn insbesondere aber eine Einziehung der direkten Steuern erfolge und der Reichsbedarf mit normalen Mitteln gedeckt werde. Die Steigerung der Kohlenproduktion hänge von dem Wohnungsbau ab. Auf dem Wege der bloßen Zuschüsse sei nicht weiter zu kommen. Großzügige Wohnungsfürsorge bedeute eine Hebung des Baugewerbes und ein Antrieb für alle anderen Industrien zur höheren Beschäftigung. Die Fiskalisierung der Betriebe als einer unausbleiblichen Folge des Kohlenmangels müsse eintreten. Der Textilindustrie seien in den letzten Tagen größere Aufträge für die Versorgung der Bergarbeiter erteilt worden. Auch der Verkehrsminister wolle Aufträge geben. Auf diesem Wege könnten vielleicht noch andere Schritte getan werden.

Es genügt aber durchaus nicht, daß die Regierung nur Pläne hat, sondern sie muß sie in aller Kürze auch zur Ausführung bringen. Wie Genosse Ditzmann mit vollem Recht hervorgehoben hat, ist die umfangreiche Schaffung von Arbeitsgelegenheit die wichtigste Forderung der Arbeiterklasse. Sie will nicht auf Almosen gesetzt werden, sondern erhebt den Anspruch darauf, daß für sie Arbeit geschaffen wird, Arbeit, die ihr einen auskömmlichen Lohn und Schutz gegen die wachsende Verelendung gewährt. Aber nach dem bisherigen Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien müsse er ihren Absichten mit größtem Mißtrauen begegnen. Sie wollten den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens auf dem Rücken der Arbeiter und der Angestellten ausführen. Die Arbeiterklasse aber erhebt den Anspruch darauf, als Gleichberechtigte mitzuwirken, um in den Produktionsprozeß mitbestimmend eingreifen zu können.

Noch immer glauben die bürgerlichen Parteien, daß sie die Arbeiterklasse mit einigen Brosamen befriedigen können. Auch das Zentrum und die Demokraten scheinen der ihnen nachhaufenden Schichten der Arbeiter und Angestellten durchaus sicher zu sein. Sie hoffen, sie erneut einzulassen zu können, wenn sie irgend welche Palliativmaßnahmen beschließen. Es gibt deshalb, der gesamten Arbeiterklasse zu zeigen, daß sie den bürgerlichen Parteien den schärfsten Kampf ansagen muß, und daß im Kapitalismus eine restlose Verwirklichung ihrer Forderungen nicht möglich ist, und daß nur der Sozialismus ihnen mit der planmäßigen Regelung des Wirtschaftslebens auch eine Erfüllung ihrer Forderung sichert.

## Der Amnestieskandal

In der unerhörtesten Weise ist von der Justizverwaltung mit der Amnestie Mißbrauch getrieben worden. Tausende von Arbeitern, die auf Grund ihrer Bestimmungen längst hätten in Freiheit sein müssen, füllen nach wie vor die Gefängnisse und Zuchthäuser, in die sie nach Niederschlagung des Kapp-Putsches geschickt worden waren, meist unter an den Haaren herbeigezogenen Beschuldigungen. Aber die Kappisten selbst laufen frei herum: es sind jetzt so ziemlich alle hervorragenden Teilnehmer des Putsches bis auf Kapp und Wittich selbst amnestiert worden: die Traub und Brederod, die Falkenhäuser und von Kessel und wie sie alle heißen. Traub, der Minister der Kappisten, soll im Sinne der Amnestie kein Führer sein. Mit dieser Begründung wagt man es, ihn außer Verfolgung zu setzen. Dann wäre eigentlich auch Kapp kein Führer gewesen, der von den militärischen Stellen bekanntlich erst zum Führer gemacht wurde.

Nicht amnestiert aber sind Führer des revolutionären Proletariats aus dem Berliner Januartagen des Jahres 1919, wie die Genossen Emil Eichhorn und Paul Scholz. Das Verfahren gegen sie soll weitergehen, weil es im Januar 1919 eine Reichsverfassung überhaupt nicht gab und damit angeblich auch kein Hochverratsvergehen gegen das Reich. Man will die Januarbewegung 1919, die sich ganz ausgesprochen gegen die damalige Reichsregierung richtete, von der Amnestie, die sich ausdrücklich nur auf Hochverrat gegen das Reich erstreckt, ausnehmen und zwar aus rein formalen Gründen, deren Stichhaltigkeit aber erst noch nachgewiesen werden müßte. Und weshalb? Weil es sich um Führer des revolutionären Proletariats handelt, die man unschuldig machen möchte! Bei Reaktionen wäre man nach der ganzen bisherigen Praxis nicht so formalistisch gewesen.

In diesen Tagen darf es zum Ausgleich ein Staatsanwalt wagen, gegen eine Zeitung eine Anklage „im öffentlichen Interesse“ zu erheben, die schärfste Kritik an dem Gebahren eines offensichtlichen Kappisten geübt hatte. Es handelt sich um die rechtssozialistische Breslauer „Volkswacht“, die darüber folgendermaßen berichtet:

Wegen Verdachts, die Führer des Freikorps Aulod, die dritte Marinebrigade und das Freikorps Faupel in Beziehung auf ihren Beruf beledigt zu haben, ist von der Staatsanwaltschaft gegen unseren Verantwortlichen, Genossen Zimmer, ein Verfahren eingeleitet worden. Höher gehts nimmer.

Der Arbeitermörder Aulod läuft frei umher. Von der Bestrafung jener Verbrecher, die die „Volkswacht“ zerstörten, hört man kein Wort.

Aber da die Staatsanwaltschaft von der Notwendigkeit, jemanden wegen der Kappjagd zu bestrafen, fest überzeugt ist, sucht sie sich sozialdemokratische Redakteure aus, die Mut genug besitzen, das Verbrecherische und Ehrlose der futuristisch-herberischen Kappjagd an den Pranger zu stellen.

Der Fall ist umso skandalöser, weil die Auflockerte den Redakteur unseres Breslauer Parteiorgans, den Genossen Schottländer, erst und mit vielen Leidensgefährten ermordet hatten. Erst lange nach der Tat konnten ihre Leichen gefunden werden. Der die Untersuchung führende Richter erklärte, daß er zwar die des Todes dringende Verdächtigen kenne, ihrer aber nicht habhaft werden könnte, weil sie von ihren militärischen Verbänden — es sind die, wegen deren Beledigung die „Volkswacht“ im öffentlichen Interesse angeklagt wurde! — geschützt würden.

Es wäre töricht, von der Regierung irgend welche Maßnahmen gegen den die Anklage erhebenden Staatsanwalt erwarten zu wollen. Er ist ihr Mann und wird den Prozeß durchführen. Diese Verhandlung aber wird die Schande der deutschen Justiz vermehren. Sie wird einen einwandfreien Beweis für die Parteilichkeit der beamteten Justizorgane erbringen, wie er nicht besser gedacht werden kann. Wer sich aber erlaubte, angesichts aller dieser praktischen Beispiele zur republikanischen Rechtspflege von einer Klassenjustiz reden zu wollen, der riskiert es törichter, mit ihr nähere Bekanntschaft zu machen, als ihm lieb ist! Und das „von Rechts wegen“.

## Zwischen Krieg und Frieden

### Eine Unterredung mit T. Azeled

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Kowno, 2. September.

Am demselben 31. August, an dem die polnische Delegation nach Abbruch der Verhandlungen Kowno verließ, traf der Vertreter der Sowjetregierung, T. Azeled, hier ein. Azeled kam aus Kowno und insolge dessen drehte sich die Unterhaltung, die ich mit ihm hatte, zunächst um die russisch-polnischen Friedensverhandlungen. Azeled glaubt, daß der Einfluß der Franzosen sich nicht nur in der militärischen Führung, sondern auch in den politischen Maßnahmen stark bemerkbar macht, daß von einer selbständigen polnischen Politik überhaupt nicht gesprochen werden kann. An einen Abbruch der Friedensverhandlungen glaubt er nicht. Von russischer Seite werde er keinesfalls erfolgen und auch die Polen dürften es kaum wagen, die Verhandlungen abzubreaken.

Von einer Einmischung der Entente in Riga hat Azeled keine Befürchtungen in der Ueberzeugung, daß die russischen Bedingungen so klar und unabweisbar formuliert sind, daß auch die Einmischung der Entente daran nichts ändern könne. Der einzige Punkt, über den man sich bisher mit den Polen in Warschau einig geworden ist, ist die Grenzfrage. Die Polen haben im wesentlichen das weitgehende russische Angebot der von Lord Curzon festgelegten Grenze angenommen. Nur in Bezug auf Litauen scheinen sie Vorbehalte zu machen und die Curzon-Linie nicht anzuerkennen. Das geht daraus hervor, daß sie den russisch-litauischen Friedensvertrag nicht respektieren und Gebiete für sich beanspruchen — so Wilna und Grodno — die den Litauern zugesprochen wurden. Die Entwaffnungsforderung und die Demobilisation auf 60.000 Mann haben die Polen strikte abgelehnt. Das ist der erste große Konfliktpunkt, der zu überwinden sein wird, nachdem die russische Forderung auf Schaffung einer Arbeitermiliz von der Sowjetregierung fallen gelassen wurde. Die Polen lehnen auch die russische Forderung ab, daß eine Vertretung der polnischen Arbeiterklasse an den Friedensverhandlungen teilnehmen soll. Ebenso weisen sie die Forderung zurück, sich zum Aufbau der in Polen selbst vorgenommenen Zerstörungen, vor allem der Arbeiterwohnungen, zu verpflichten. Diese Frage scheint bei den Verhandlungen mit großer Unklarheit behandelt worden zu sein. Die Polen behaupten, daß es sich dabei um eine versteckte Kontribution handle. Die wichtigste polnische Forderung aber ist bisher kaum bekannt geworden: Polen verlangt das Protektorat über Litauen, Weißrußland und die Ukraine, während die russische Delegation dies ablehnt und auch für die Selbständigkeit Osgalziens eintritt.

Ueber die damit angeschnittene ukrainische Frage äußerte Azeled sich sehr optimistisch. Er glaubt, daß es Wynnischensko bereits gelungen sei, alle kommunistischen Gruppen der Ukraine zu einer Partei zusammenzuschließen, daß auf Grund dieser Partei sich eine Regierung Wynnischensko bilden werde, die in einem föderativen Verhältnis zu Rußland stehen werde.

Die allgemeine europäische Lage hält Azeled für Rußland nicht für ungünstig. Frankreich sei völlig isoliert und stünde mit Polen allein in unangenehmer politischer Situation. Sicherlich gingen von Ungarn Tendenzen aus, einen neuen Krieg gegen Rußland zu entfachen, aber sie bedeuteten keine ernsthafte Gefahr für die Sowjetregierung, da die Ungarn mit dem Widerstand der Arbeiter der ganzen Welt zu rechnen hätten. Deshalb sei ein Krieg gegen Rußland nicht mehr möglich. Das gesamte internationale Proletariat sei jetzt erst gegen jeden Krieg überhaupt, der einzige Krieg, der noch möglich sei, ein Kampf gegen Polen, das sich in der ganzen Welt verhaßt gemacht habe.

In einem Abbruch der englisch-russischen Verhandlungen glaubt Azeled nicht. Die Engländer würden Kamenev und Krasin nicht in eine solche Lage bringen, daß sie gezwungen seien, ihre Füsse zu fordern. Rußland, so schloß er, werde in der jetzigen politischen Situation dank der Haltung der internationalen Arbeiterklasse einen sehr guten Frieden haben.

## Keine Anerkennung Wrangels

Moskau, 8. September. (Durch Funkpruch.)

Kamenev hat sich an den englischen Premierminister Lloyd George mit der Frage gewandt, wie die englische Regierung sich nach der Anerkennung Wrangels durch die französische Regierung zu verhalten verhalte, ob England vielleicht für die Angriffe Wrangels verantwortlich sei und ob England sich vielleicht verpflichtet fühle, in Anbetracht seiner früheren Schritte zugunsten Wrangels neue Maßnahmen zu seiner Unterstützung zu ergreifen.

Lloyd George erwiderte bestimmt, daß die englische Regierung die Absicht habe, die Kampfhandlungen in Osteuropa zu beenden, und nur die persönliche Sicherheit der in der Krime befindlichen Truppen und Flüchtlinge garantieren wolle. England habe nie die Absicht gehabt, die Krime von Sowjetrußland zu trennen oder sich oder Wrangel die Herrschaft über die Krime vorzubehalten.

## Die Kampfjagd im Osten

Königsberg, 8. September.

Im Suwalki-Gebiet, nördlich von Solofka und bei Kamenev-Ditowsk örtliche Kampfhandlungen. In der Gegend Grubeshow hält die polnische Verfolgung der Armee Rubjennu an. Ostlich von Lemberg dehnten die Polen ihre Angriffsfront weiter nördlich aus und überschritten zwischen Kamionka und Busz den Bug. Gegenangriffe der Bolschewiken bei Busz und Arzane wurden abgewiesen. Dagegen mußte die polnische Front zwischen Chodorow und Kobryn zurückgenommen werden.

## Trozkis über die Lage Sowjets-Rußlands

DE. Helsingfors, 8. September.

In einem Artikel in der Petersburger „Pravda“ vom 4. August unter der Ueberschrift: „Das Kuban-Gebiet hat sich nicht erhoben“ stellt Trozki mit Befriedigung fest, daß sich die Hoffnungen Wrangels auf eine Erhebung der Kuban-Kosaken, die der Ausschiffung der Wrangelschen Landungstruppen an der Küste des Nowischen Meeres folgen sollte, nicht verwirklicht haben. Die roten Truppen hätten die Landungstruppen von der Küste abgeschnitten und ihre Basis eingenommen. Das Kuban-Gebiet habe dem Baron den Rücken gekehrt. Während der Schlacht mit den Landungstruppen Wrangels ist der Befehlshaber der roten Armee und Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Kassin, schwer verwundet worden.

## Bolschewistischer Vormarsch in Georgien

Paris, 8. September.

Nach einer Havas-Meldung aus Tiflis rücken trotz des abgeschlossenen Waffenstillstandes die Bolschewiken weiter vor und haben die Distrikte von Karabagh, Sangezur und Nachitschewan besetzt.

## Die oberschlesische Kohle

### Eine deutsche Note an die Friedenskonferenz

Berlin, 8. September.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Friedenskonferenz folgende Note überreicht:

Unter rücksichtslosigen Eingriffen in die Versorgung der deutschen Kohlenverbraucher hat die deutsche Regierung alles daran gesetzt, um die in Spaa übernommenen Kohlenlieferungsverpflichtungen zu erfüllen. Ihre Bemühungen waren bisher von Erfolg gekrönt. Die täglichen Liefermengen des Monats August lassen erhoffen, daß das Lieferungsoll in diesem Monat erreicht werden wird.

Die deutsche Regierung hält sich jedoch für verpflichtet, die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen mit allem Nachdruck darauf zu lenken, daß ihr die Erfüllung der von ihr eingegangenen Verpflichtungen unmöglich gemacht wird, wenn die Kohlenproduktion, die ihr zur Zeit der Verhandlungen von Spaa zur Verfügung stand, eine Einschränkung erfährt. Diese Voraussetzung ist durch die immer enger werdende Lage in Oberschlesien eingetreten.

Während die mit den Vertretern der Bergarbeiter-Organisationen vor kurzem in Oberschlesien geführten Verhandlungen volles Verständnis der Bergarbeiter für die überaus schwierige Lage Deutschlands und ihre Bereitwilligkeit erkennen ließen, durch Mehrarbeit die oberschlesische Kohlenförderung zu steigern, haben die augenblicklichen Vorgänge in Oberschlesien bewirkt, daß im Gegenteil die Kohlenproduktion erschwerend gesunken ist und daß von dem Deutschland belassener Anteil an der oberschlesischen Kohlenförderung nur noch verschwindende Mengen nach Deutschland gelangen. Ein Ersatz dieser Mengen durch eine weitere Kürzung der Inlandversorgung ist nicht möglich.

Der deutschen Regierung ist durch die Bestimmung des Friedensvertrages jede Möglichkeit genommen, ihrerseits für eine Befestigung der Gründe des Rückganges der oberschlesischen Steinkohlenförderung Sorge zu tragen. Sie beehrt sich daher, an die verbündeten Regierungen nochmals die dringende Bitte zu richten, unverzüglich die in den deutschen Noten vom 21. und 26. August geforderten Maßnahmen zu ergreifen.

Nach gestern eingegangenen telegraphischen Meldungen soll die Internationalisierte Kommission die Kohlenlieferungen aus Oberschlesien überhaupt gesperrt haben.

Die die deutsche Delegation in Spaa dargelegte und die dortige Konferenz durch den Mund des Ministerpräsidenten Herrn Lloyd George und des Präsidenten der Konferenz Herrn Delacroix ausdrücklich anerkannt hat, ist die Ausführung des Kohlenabkommens vom 16. Juni d. J. abhängig von einer ausserordentlichen Velleierung Deutschlands mit oberschlesischer Kohle.

## Schweres Erdbeben in Italien

RA. Rom, 8. September.

Im nördlichen Teile der Provinz Toscana fand gestern ein schweres Erdbeben statt. Der Stoß dauerte etwa fünf Minuten und war von großer Heftigkeit. Eine ganze Anzahl von Ortschaften sind ganz oder zum Teil zerstört und zahlreiche Menschenleben sind verloren gegangen. Die Gemeinde Fivizzano ist vollständig zerstört. Von den 17.000 Einwohnern sind zahlreiche Personen tot oder verwundet, die anderen sind obdachlos. In Biareggio wurde die Kirche fast ganz zerstört, während in Castorano di Sotto die Decke der Kirche einstürzte. Telegraphen- und Telefonleitungen sind zerstört, es ist deshalb unmöglich, Einzelheiten zu erfahren, doch sollen Montignoso, Forni und Rivezzano vollkommen vernichtet sein. Die Bevölkerung flüchtete in vollkommener Panik und es spielten sich herzzerstehende Szenen ab. Bei der vollkommenen Kopflosigkeit der Bewohner wurden in verschiedenen Städten zahlreiche Personen dadurch schwer verletzt, daß sie aus den Fenstern sprangen oder sich auf die offene Straße begaben, wo sie von herabstürzenden Ziegeln erschlagen wurden. Nähere Angaben über die Gesamtverluste fehlen noch. Das Erdbeben war auch an der Küste der gesamten Riviera zu verspüren, doch richtete es dort keinen Schaden an. Die italienische Regierung hat aus Florenz und Spezia Genietruppen und Ärzte zur Hilfeleistung in das Erdbebengebiet entsandt.

## Schiedspruch im Bankgewerbe

Berlin, 8. September.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Befanntschaft hat das Reichsarbeitsministerium einen Schiedspruch über einen Reichstaxifahrer für das Bankgewerbe gefällt. Da die Zentralverbände des Bankgewerbes diesen Schiedspruch in seinem vollen Umfange bisher nicht angenommen haben, fanden kürzlich auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums neue Verhandlungen über die seitens der Parteien gestellten Bedingungen statt. Wangelns einer Einigung empfahlen die drei unparteiischen Schiedsrichter: Ministerialrat Dr. Sijler, Rätepräsident Dr. Bider und Reichsgerichtsrat Zeiler, eine Vereinbarung, die die Annahme des Schiedspruches mit einigen Änderungen unter Zurückstellung der weitergehenden Forderungen vorsieht. Diese Änderungen betreffen hauptsächlich die Haushaltungszulage, die Teuerungszulage für weibliche Angestellte und die Vergütung für Ueberstunden, die nunmehr nach festen Sätzen bemessen werden soll. Die Parteien sollen sich bis zum 20. September über die Annahme dieses Vorschlages erklären.

Es darf erwartet werden, daß eine Einigung auf dieser Grundlage zustandekommt, und damit der seitens der Angestellten seit langem angestrebte Gedanke des Reichstaxifahrers endlich verwirklicht wird.



# Räte, Partei und die 3. Internationale

Von Richard Seidel.

Die Diskussion über den Anschluß an die Moskauer Internationale bringt seltsame Erscheinungen hervor. Zu den erstaunlichsten Ueberraschungen dieser Tage dürfte gehören, daß wir plötzlich beobachten müssen, wie diejenigen unter uns, die den einzig wirksamen Hebel der Befreiung des Proletariats anerkennen, der Befreiung vom Kapitalismus, wie der Befreiung von der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, plötzlich ihren Blick an Erkenntnissen und Argumenten preisgeben und bereit sind, auch die Räte unter das Nachgebot der zentralistischen Internationale in Moskau zu stellen. Die soeben noch einen heißen Kampf um die selbständige Räteorganisation geführt haben, die eben noch forderten, daß die Vollversammlungen der Räte bei allen wichtigen Aktionen der Arbeiterklasse die letzte Entscheidung zu fällen haben, daß ihnen, nicht der Partei noch den Gewerkschaften, die Führung im Kampfe gebühre — sie alle empfehlen nun mit dringenden Worten die Anerkennung der Moskauer Bedingungen, Statuten und Resolutionen. Das heißt, sie erklären ihre Bereitschaft, auch die Räte, in welcher durch die Gesetzgebung oder die Macht der Arbeiterklasse bestimmten Form sie immer erscheinen mögen, der Parteiorganisation, der kommunistischen Parteiorganisation zu unterstellen, die nach den Beschlüssen des Moskauer Kongresses selbst nur ein willenloses Glied des internationalen Exekutivkomitees ist. Die Anerkennung dieser formalen Räteorganisation verändert die Selbständigkeit der Räteverbindungen, die eben noch die brennendste revolutionäre Forderung des Tages war, in eine Abhängigkeit dritten oder vierten Grades.

Die Leitsätze über „Kommunistische Partei und proletarische Revolution“ erklären die Idee, die Räte könnten die Partei ersetzen, für „grundfalsch und reaktionär“. Sie fordern eine Neueinteilung der Arbeiterbewegung in 1. Partei, 2. Sowjet, 3. Produktionsverband (Gewerkschaft) und fügen hinzu, auch die Arbeiterräte müssen selbständig und systematisch von der kommunistischen Partei geleitet werden. Wie diese „systematische Leitung“ gedacht ist, daß sie nichts ist als eine Diktatur der Parteileitung, ist in diesen Tagen öfters dargelegt worden.

Nun haben wir nie der Auffassung zugestimmt, daß die Räte die Partei ersetzen oder die Oberleitung über die Arbeiterbewegung übernehmen könnten. Aber wenn die Räte und die Vertretungsgewalt ihrer Organisationen für die Führung des Klassenkampfes einen so großen Wert haben, wie unsere Partei ihnen in der Tat stets beigegeben hat, so doch darum, weil sie als ständig unter den arbeitenden und kämpfenden Massen lebende Organe Stimmung und Willen der Arbeiterklasse am besten kennen. Ihr Wort kann daher bei der Entscheidung über die Führung von großen Aktionen von gewichtiger Bedeutung sein, wenn ihr Urteil ergänzt wird durch das Urteil der Parteileitung, das sich bildet aus der genaueren Kenntnis der politischen Lage und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten und Hemmungen für eine Aktion. Darum haben wir einem Zusammenwirken zwischen Rätekörpern und Partei und Gewerkschaften das Wort geredet, einem Zusammenwirken, das uns nur möglich und fruchtbar erscheint bei voller gegenseitiger Anerkennung, voller Freiheit der Entscheidung und gleicher Beteiligung aller Teile. Das seinen Willen lediglich empfangt, von gleicher Gesinnung und gleichem Willen der drei Glieder, das indes völlig sinnlos wird, wenn die letzte Entscheidung und das ausschlaggebende organisatorische Nachzentrum bei einem kleinen Kreise von Päpsten und Kardinälen liegt. Wenn das Wort der Räte allenfalls gehört werden soll, ohne daß es Beachtung fordern kann, so ist dieses Recht gleichbedeutend mit jenem, das der schlimmste Typ der „Scharmacher“ seinen Arbeitern gewährt, wenn er ihnen gestattet, ihre Wünsche vorzutragen, um danach eigenmächtig über Erfüllung oder Ablehnung zu entscheiden. Wir vermögen uns nicht vorzustellen, daß Personen von Charakter geneigt sind, eine solche Rolle in der Arbeiterbewegung zu spielen.

Personen von Charakter und unerschrockenem, auf starkem Selbstbewußtsein beruhender Freimütigkeit sind aber auf solchen Posten allein am Platze. Wir sagten schon, daß es für die Leitung einer entscheidenden politischen Aktion von ungeheurem Wert sein kann, wenn sie Gelegenheit hat, sich bei den Betriebsräten — oder wie sie immer heißen mögen — über die Stimmung der Arbeiterklasse zu unterrichten. Soll diese Unterrichtung eine feste Basis für eine Entscheidung haben, so ist es notwendig, daß die mitwirkenden Räte ihr Urteil in voller Freiheit und Aufrichtigkeit und ungeschminkt abgeben. Wird das der Fall sein, wenn die Räte sich als untergeordnet, zum Gehorchen bestimmte Organe fühlen müssen? Kann das der Fall sein, wenn sie erwarten müssen, für ihre Ehrlichkeit bestraft zu werden, indem sie der nächsten „Reinigung“ der Partei zum Opfer fallen?

Und weiter. Diese Mitwirkung der Räte an den Entscheidungen über die Leitung wichtiger allgemeiner Bewegungen ist vollends wirksam nur als Mittel der Selbstbestimmung der Massen. Soll sie völlig rein zum Ausdruck kommen und soll die Haltung der Räteorgane wirklich ein getreuer Spiegel der Meinung der Arbeiterklasse sein, so müssen die Arbeiter und Angestellten und Beamten wirklich in freier Wahl ihre Vertreter bestimmen. Dann darf es nicht heißen, das Exekutivkomitee hat das Recht, „von den ihr angeschlossenen Parteien den Anschluß nationale Disziplin vorzulegen...“ oder gegen Beschlüsse des Weltkongresses verstoßen. Unsere Partei hat den Rätegedanken — neben anderen Erwägungen — auch deswegen freudig angenommen, weil sie erkannt hat, daß die Räte in solcher Weise ein wichtiges Mittel im Klassenkampfe sein können. Aber dieser Gedanke fällt völlig zu Boden, wenn die „Reinheit der Partei“ und ihre Nachstellung mit Hilfe der Korrektur der Räte wahren erhalten wird, was nach der zitierten Stelle aus den Statuten der kommunistischen Internationale jederzeit möglich und in Rußland bereits Brauch ist.

Die Kämpfe, denen das Proletariat entgegengeht oder in denen es — richtiger gesagt — ständig begriffen ist, müssen von der Masse selbst geführt werden. Die von der Partei geleitete Moskauer über Gewerkschaften und Betriebsräten legen daher Wert auf die Betriebsräte, weil die „gewählten Betriebsräte die allerbreitesten Massenorganisationen des Proletariats“ seien. Aber mit der allerbreitesten Masse allein ist es nicht getan, ebensowenig mit dem Befehl zum Kampfe. Die Kämpfe, auf die es uns ankommt, können nur erfolgreich bestanden werden von einer selbstbewußten, energiegelassen Arbeiterklasse, die über ihr Schicksal

und über ihre Aktionen selbst bestimmt durch Organe, die in freier Wahl aus den Massen selbst hervorgehen. Dieses Selbstbestimmungsrecht allein ist instande, Ausdauer im Kampfe, Schärfe des Urteils, Verantwortlichkeit und — nicht zuletzt — Vertrauen zur äußersten Spitze der Leitung der Bewegung, ohne die in akuten Stadium des Kampfes nämlich nicht auszukommen ist, in der Arbeiterklasse zu erzeugen. Die Abhängigkeit aber von einer unkontrollierbaren, allgewaltigen Spitze und die ständige Bedrohung mit der Reinigung erzieht nicht selbstbewußte Kämpfer, sondern Heiloten ohne eigenen Willen. Wie oft und wie hoch ist uns das Recht der Arbeiterschaft der Räte gepriesen worden! Wir lassen uns dieses System gern gefallen, wenn es dazu dienen soll, den Willen der Massen im Willen seiner gewählten Organe jederzeit getreu wiederzuspiegeln. Aber es hat nur dann einen Sinn, wenn die Arbeiterklasse die Gewißheit hat, daß die Gewählten in der Tat in der Führung der Bewegung scheidend mitwirken. Kurz, die trefflichsten Elemente des Räte systems als Mittel im Kampfe gehen verloren durch solche Unterordnungen unter einen mächtigen unantastbaren Willen einer kleinen Führergruppe, die die Partei repräsentiert.

## Funktionärversammlung!

Die Fortsetzung der Debatte über die dritte Internationale erfolgt heute abend 6 Uhr in der „Neuen Welt“, Hafenside.

Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der Eintritt nur gegen Vorzeigung der roten Karte und des Mitgliedsbuchs gestattet wird.

Wir sind eben im Begriff, eine Räteorganisation einzugliedern in die Kampfabres der Arbeiterbewegung. Wir bringen die nach dem Betriebsrätegesetz gewählten Vertretungen, ihrer — fürs erste — vorwiegenden Bestimmung gemäß, in enge Verbindung mit den Gewerkschaften, wobei wir uns einmal in Uebereinstimmung befinden mit den Moskauer Leitsätzen, in denen gesagt wird: „Die Verteilung der Aufgaben unter den Betriebsräten und Gewerkschaften ist ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung der sozialen Revolution“. Das heißt, auch wir glauben, daß die Praxis der Bewegung die Organisationen und Körperschaften schon in das richtige Verhältnis zueinander bringen wird, wenn wir das Ziel kennen und klar im Auge behalten. Das gleiche gilt für die Partei. Wenn wir von den Gewerkschaften fordern, daß sie die Räte nicht auffressen und dem Gehot der Instanzen widerspruchslos unterordnen, so können wir der Partei diese Macht ebenfalls geben, solange wir die Arbeiterbewegung als Ganzes in unsere Rechnung setzen.

Aber auch als Partei haben wir ein Interesse an den Räten und in enger Fühlung mit ihnen, weil sie, auch in ihrer gegenwärtigen gesetzmäßigen Gestalt, der Arbeiterbewegung im Verein mit der Partei die schätzbaren Dienste in der oben dargelegten Weise leisten können, jedoch nur, wenn sie ihre freie demokratische Verfassung behalten, wenn sie als Organ erhalten bleiben, die Mitbestimmung und Verantwortung der Masse am reinsten Geltung verschaffen, und wenn sie als gleichberechtigtes Glied neben der Partei stehen. Diese Rechte ihnen zu bewahren, ist die Pflicht unserer Partei.

## Die dritte Internationale und die Spaltung der Gewerkschaften

Laut Bericht der „Sowjetische“ vom 10. August fand am 7. August die erste Sitzung des neuen Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale statt. Nach Konstituierung des Komitees wurde in Verbindung mit der bevorstehenden Abreise der Delegierten zum internationalen Metallarbeiterkongress in Kopenhagen die Frage über die Direktoren der kommunistischen Internationale für die Delegation erörtert. Es entspann sich eine prinzipielle Diskussion über die Aufgaben der kommunistischen Internationale auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung. In der grundlegenden Frage erteilte das Exekutivkomitee der Delegation folgende Direktive:

In nationalem Maßstabe ist die Spaltung der bestehenden opportunistischen Gewerkschaften nur in Ausnahmefällen zulässig, denn hier handelt es sich um Massenorganisationen, die man von innen heraus erobern muß. Im internationalen Maßstabe jedoch muß man im Gegenteil auf die Spaltung hinarbeiten, denn die Amsterdamer gelbe Vereinigung ist die Hauptstütze der Bourgeoisie. Die „Führer“ Amsterdams und der internationalen gewerkschaftlichen Verbände sind geborene Geschäftsmacher, die, nachdem sie auf dem Rücken der Gewerkschaften Platz genommen, die gewerkschaftliche Bewegung in geschickter Weise ausbeuten. Auf dem internationalen Metallarbeiterkongress muß man um jeden Preis wenn auch nur einen Teil der Verbände vom gelben Amsterdamer Bund spalten.

Soweit der Bericht des amtlichen russischen Organs. Bekanntlich konnte die russische Delegation an dem Kopenhagener Kongress nicht teilnehmen, weil sie keine Einreiseerlaubnis erhalten hatte. Aber selbst wenn sie Gelegenheit gehabt hätte, an dem Kongress teilzunehmen, hätte sie wohl kaum mit den Direktoren des Moskauer Exekutivkomitees irgend einen Erfolg gehabt.

## Zur Auswanderungsfrage

Um falsche Schlussfolgerungen zu verhindern, die zum Teil durch ungenaue Berichterstattung hervorgerufen sind, erlucht uns Genosse Viktor Kopp um die Feststellung, daß seine zu dem Genossen Dittmann gemachten Äußerungen sich nur auf die Auswanderungsfrage bezogen haben. Dies hat Genosse Dittmann übrigens in seinem letzten Artikel selbst hervorgehoben. Wie schon aus früheren Äußerungen des Genossen Kopp, die wir veröffentlicht haben, hervorgeht, steht auch er auf dem Standpunkt, daß eine Auswanderung deutscher Arbeiter nach Rußland gegenwärtig nicht in Betracht kommen kann.

## Die Anschlußfrage in Frankreich

Paris, 3. September.

Wie die Blätter mitteilen, hat der künftige Verwaltungsausschuß der Sozialistischen Partei sich in einer bis Mitternacht währenden Geheim Sitzung mit dem Bericht Krossards über die Annahme der neuen Bedingungen beschäftigt, die die Sowjets für den Eintritt in die Dritte Internationale aufgestellt haben. Es wurde beschlossen, die ganze französische Sozialistische Partei über die Frage des Beitritts zur Dritten Internationale entscheiden zu lassen.

# Die Stellung der Organisationen Solingen für die Bedingungen

Eine starkbesuchte Versammlung der Parteiorganisation für den oberen Kreis Solingen beschäftigte sich am Sonnabend mit der Frage des Anschlusses an die dritte Internationale. Bühler (Reinhold), der auf der Reichskonferenz anwesend war, erklärte, daß er für den Anschluß an Moskau sei, aber auf der Grundlage der 21 Punkte lehe er keinerlei Möglichkeit hierzu. Die Diskussionsredner erklärten sich in ihrer Mehrzahl für die Annahme der Bedingungen. Mit 355 gegen 17 Stimmen wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die Kreis-Generalversammlung des oberen Kreises Solingen steht voll und ganz auf dem Boden der vom 2. Kongress der 3. Internationale gefassten Beschlüsse und Leitsätze. Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Anschluß an die 3. Internationale sofort zu erfolgen hat. Der Anschluß darf nicht an der Person einiger opportunistischer Führer scheitern. Wer sich nicht zu den Leitsätzen der 3. Internationale bekennt, soll seine Konsequenzen ziehen, andernfalls Ausschluß erfolgen muß. Die Versammlung fordert die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages. Die Versammlung verurteilt aufs Schärfste die antisowjetische Propaganda des Genossen Dittmann, weil diese Propaganda konterrevolutionär ist.“

Die Versammlung fordert von der Parteileitung die sofortige Propagierung von politischen Arbeiterräten und deren Wahl. Wer die Wahl von politischen Räten sabotiert, gibt offen zu, daß er den Kampf (um zur Ergreifung der politischen Macht zu gelangen) fürchtet.“

In einer Parteiverammlung für den unteren Kreis Solingen wurde die gleiche Resolution mit 173 gegen 19 Stimmen angenommen.

Genosse Hermann Metzel, der Leiter der „Bergischen Arbeiterstimme“, gibt im Anschluß an diese Beschlüsse in dem Blatte folgende Erklärung ab:

„Die Kreis-Generalversammlung hat entschieden, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei des Kreises die 21 Thesen der Moskauer Internationale anzunehmen habe. Dieser Beschluß kann mich nicht verpflichten, da er meiner politischen Ueberzeugung in so hohem Maße zuzubereit ist, daß die Parteidisziplin ihre Bindenkraft verliert. Ich ziehe aus dem Beschluß die Konsequenzen. Meine Parteizugehörigkeit wird von dem Beschluß nicht berührt, da er die Sanktion des Parteitages noch nicht gefunden hat. Anders ist es mit meiner Parteistellung. Ich habe dem Verlag unseres Blattes mein Entlassungsgesuch eingereicht, da ich nicht kommunist sein kann. Persönliche Gründe nötigen mich, bis ich eine andere Tätigkeitsmöglichkeit gefunden habe, an dem Blatte weiterzuarbeiten. Meine Arbeit kann nur noch eine formale sein. Für mein Arbeitsgebiet trage ich keine politische Verantwortung mehr. Trotz der Lohnarbeit werde ich mich bemühen, in der Auswahl der Artikel so zu verfahren, daß ich auch bei den geänderten Auffassungen meiner bisherigen Gesinnungsgenossen mit blankem Ehrenabschied von ihnen scheiden kann. So rasch, als es die Umstände erlauben!“

Das mir übertragene Reichstagsmandat steht dem Bezirksparteitag zur Verfügung.“

## Der Bezirksvorstand Schleswig-Holsteins gegen die Bedingungen

Der Bezirksvorstand der U. S. P. für die Provinz Schleswig-Holstein und ein großer Teil Parteifunktionäre nahm bei zwei Stimmhaltungen folgende Entscheidung an:

„Der Bezirksvorstand der Provinz Schleswig-Holstein und ein großer Teil Parteifunktionäre Riels und der Provinz nahmen zu den Moskauer Verhandlungen Stellung. Die Versammelten erklärten dem russischen Proletariat ihre volle Sympathie. Obwohl unsere Partei iustitriert den Zusammenschluß mit der 3. Internationale ablehnt, erklären sie, daß die Ausnahmestimmhaltungen keine Grundlage für den Anschluß einer Massenpartei an die 3. Internationale bilden können, sollte nicht die Selbständigkeit, Bewegungsfreiheit und alle bisherigen Grundzüge der Partei preisgegeben werden. Die Versammelten fordern die Zentrallitung der Partei auf, dem Beschluß des Leipziger Parteitages folgend, umgehend mit den sozialrevolutionären Parteien der übrigen Länder Fühlung zu nehmen, um den internationalen Zusammenschluß der sozialrevolutionären Massenparteien zu erreichen. Bezirksvorstand und Parteifunktionäre erklären, allen Spaltungs- und Zerstückelungsbestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und erwarten, daß sie dabei von den Parteimitgliedern weitgehend unterstützt werden.“

## Georgien und Sowjetrußland

Von georgischen Genossen wird uns geschrieben:

Genosse Däumig schreibt in Nr. 351 der „Freiheit“: „Man muß aber gesehen haben, wie in den Publikationen der gegen Sowjetrußland ausgedienten Schergen... wie in der „Sozialdemokratischen“ Kautskystepublikation... die Schriften Kautskys zugunsten der Gegenrevolution ausgeschlachtet worden sind“ usw.

Obwohl es von einigem Interesse wäre, zu erfahren, welche Frevelthaten gegen den Sozialismus Genosse Däumig in den Schriften der georgischen Sozialdemokraten gesehen hat, verzichten wir auf diese Fragestellung, indem es sich ja begreiflicherweise nur darum handeln kann, was er darüber in Moskau gehört hat, und die ehrenwerten Moskauer Informatoren und Uebersetzer ja reichlich bekannt sind. So berichtet z. B. Genossin Snowden, daß ihre Rede auf dem Moskauer Meeting zur Unterstützung der englischen Delegation von einem Sowjetüberseher so ins Russische übertragen wurde, daß die Zuhörer das gerade Gegenteil von dem erfuhren, was sie in englischer Sprache ausgeführt hatte. Dies Beispiel dürfte genügen und dürfte auch die Auslassungen Däumigs und Stöckers über Georgien erklären — keineswegs aber rechtfertigen.

Kautskys Schriften wurden stets — seit 30 Jahren — und werden auch heute von der georgischen Sozialdemokratie ins Georgische übertragen und den Arbeitermassen zugänglich gemacht. Daß diese Schriften zugunsten der Gegenrevolution ausgeschlachtet werden — das ist die Auffassung des heutigen Genossen Däumig oder seiner Moskauer Uebersetzer. Auf eine Polemik darüber verzichten wir sehr gern.

Genosse Stöcker behauptet sogar (Nr. 365): „Die weißen Garden in Rußland führen ganze Waggons Kautskyscher Schriften zur Propaganda gegen die Bolschewik mit sich.“ Nun, gehen wir mit Genosse Stöcker diese „ganzen Waggons“ wohl kaum. Aber die politische Verantwortung für diese absurde Erfindung trifft nicht nur keine Mehrzahl derer, die trifft auch ihn, der heutzutage in Deutschland ausstrahlt. Erst nehmen kann diesen Wumpst nur jemand, der weder von der Hentterbande Denikin, Koltschak und Wrangel, noch vom Geiste der Kautskyschen Schriften eine Ahnung hat.

Unwahr ist auch, daß Georgien in einem langen Kriege gegen Sowjetrußland stand und daß dort „viele Kommunisten hingerichtet“ wurden.

Wahr ist vielmehr, daß Georgien mit Denikin Krieg führte, daß Kommunisten in Georgien nicht verfolgt werden und volle Pressefreiheit genießen. Denn Georgien ist tatsächlich eine vollendete Demokratie. Daß Genosse Kautsky jetzt nach Georgien reist, ist nicht nur „bezeichnen“, es ist dies — für uns georgische Sozialisten — auch sehr erfreulich.







Gewerkschaftliches

Lohnbewegung in der Herrenkonfektion

Am Montag nahm eine glänzend besuchte Versammlung der Berliner Konfektionsarbeiter zur Umgestaltung des Tarifs Stellung. Schon lange bedürfen die Löhne einer Aufbesserung. Endlich ist der neue Tarif in Form einer Stundenberechnung festgestellt, und nachdem eine Reichskonferenz dazu Stellung genommen hat, durch den Hauptvorstand dem Arbeitgeberverband eingereicht worden.

Die wichtigste Forderung besteht in Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. Das Betriebsrätegesetz ist nicht weitgehend genug. Befordert wird nicht nur das Einspruchsrecht, sondern volles Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern.

Das beste und sicherste Gedeihen der Bewegung versichert das Annähernde Zusammenziehen der Schneider und Zuschneider. Auch für die Knabenkonfektion muß in allerhöchster Zeit eine ähnliche Stundenberechnung geschaffen werden.

Tariffbewegung der Bühnenarbeiter

Am 1. September 1919 wurde zum ersten Mal ein Tarifvertrag für das technische Bühnenpersonal abgeschlossen, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle Berliner Theater einheitlich regelte.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse veranlassen die Arbeiter, im Mai erneut Forderungen zu stellen. Gefordert wurde eine Lohnerhöhung von 20%, für qualifizierte Arbeiter, 30%, für technische Arbeiter, 70%, für Reinemachefrauen, und für alle Kategorien eine monatliche Kinderzulage von 50 Mark.

Die Geschichte meines Bruders

Eine Erzählung von Hans Siemsen

Wir müssen immer langsam sein und das macht sanft. Wir müssen vorsichtig sein und das macht geduldig. Wir müssen warten und horchen und dadurch gewinnen wir Zeit.

Es ist schön zu sehen. Aber zu fühlen, das ist vielleicht noch schöner. Niemand, wenn er nicht blind ist, weiß wie schön es ist, Hände zu haben und fühlen zu können.

Schlag einen Vergleich vor auf 10% für qualifizierte, 15% für technische Arbeiter, 40% für Reinemachefrauen und 36 Mark Kin'erzulage. Wieder weiterten sich die Arbeiter, diesen Vergleich anzunehmen.

Dieses Abkommen gilt nun bis zum Ablauf des bereits gekündigten Tarifs, das ist bis 1. Oktober d. J. Mitbin erhöht sich der Monatslohn vom 1. Juli 1920 für qualifizierte Berufsarbeiter auf 1006 Mark, für technisches Personal auf 965 Mark, für Reinemachefrauen auf 868 Mark.

Achtung! Rohrleger, Helfer und Klempner Spandau

Freitag, den 10. September, abends pünktlich 6 Uhr, im Lokal von Pirlichow, Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Streik der Rohrleger.

Der Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin

ruft die Angestellten in kaufmännischen und Bürobetrieben auf, in einer öffentlichen Versammlung, am heutigen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 9-11, zu erscheinen.

Die Bauanschläger Groß-Berlins beschäftigten sich in ihrer am Sonntag tagenden Versammlung mit der Frage: „Sind unsere Löhne den jetzigen Verhältnissen angemessen und wie erreichen wir eine Erhöhung derselben?“

Zu den Differenzen in den „Warschauer Verhältnissen“. Nachdem die Organisations durch erneute Verhandlung eine gütige Einigung der Differenzen in den „Warschauer Verhältnissen“ gefunden hat, wird die angesprochene Sperre für Organisierte aufgehoben.

Betriebsräte

Die Buchdrucker zum Reichskongress der Betriebsräte

Zum Dienstag abend hatte der Vorstand des „Bereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer“ seine Betriebsräte eingeladen, um ihnen nach einem Vortrag von Dr. Striemer über „Volkswirtschaft“ Gelegenheit zur Wahl eines Delegierten zum Reichskongress der Betriebsräte zu geben.

Schon am Eingang des Saales kam es infolge einer einzigartigen Kontrolle zu unwürdigen Austritten. Verlangt wurde das Verbandsbuch und eine Bescheinigung vom Arbeitgeber, in der die Eigenschaft als Betriebsrat bestätigt sein sollte.

Auf beiden Seiten stöße ich an. Hier gibt es keine Unendlichkeit. Hier ist die Welt klein. Aber das ist gut. In was ich auch stöße — es ist mir vertraut. Auf der einen Seite ist es die Wand. Auf der anderen Seite ist es ein Bett.

tüftung lehnte es der größte Teil der Kollegen ab, sich zwecks Besuch einer Gewerkschaftsversammlung um einen Ausweis beim Arbeitgeber zu bemühen. Sie verlangten auf das entscheidende die Anerkennung des Ausweises von der prov. Zentrale der Betriebsräte.

Die mehr als 12 000 Berliner Buchdrucker werden also von einem Anhänger des revolutionären Räteystems auf dem Reichskongress der Betriebsräte vertreten sein. Eine Tatsache, die es verdient, hier erwähnt zu werden.

Groß-Berlin

Zur Bildung des neuen Magistrats

Die Verhandlungen über die Bildung des neuen Berliner Magistrats nehmen einen schleppenden Fortgang. Die Schuld daran liegt an den bürgerlichen Parteien, die den Magistrat nach ihrem Gutdünken zusammensetzen wollten.

Die Verhandlungen in dem Wahlausschuss der Berliner Stadtverordneten-Versammlung haben einen Gang genommen, nach dem die Vermutung sich nicht von der Hand weisen läßt, daß bezüglich der Besetzung der Stellen in dem neuen Magistrat die Fraktion der S. P. D. ein bindendes Abkommen mit der Fraktion der U. S. P. unter Ausschluß aller anderen Parteien getroffen hat.

Die Demokraten erheben drohend den Finger und sagen: Wenn Ihr nicht artig seid, machen wir im Landtage in der Regierung nicht mehr mit. Es wird sich zeigen, welche Folgen diese Drohung haben wird.

Wenn man befreundet ist, dann ist es schön, beieinander zu sein, und nebeneinander zu liegen. Bisher hatten wir nur so nebeneinander gelegen, weil unsere Betten nebeneinander standen.

Ich lag in meinem Bett und dachte mir aus, wie das wohl aussehen möchte, was ich nicht sah. Wenn man an etwas denkt, lernt man es kennen. So lernte ich unser Zimmer kennen.

Über sein Zimmer zu kennen, das ist nicht viel. Man kann darin umhergehen. Und meine Gedanken gingen darin umher. Aber ein Zimmer ist klein. Und die Welt ist groß.

Jedes Zimmer hat eine Tür. Wenn sich die öffnet, kann alles passieren. Auf der anderen Seite der Tür ist die Welt. Aus der kann alles mögliche kommen.

Da sagte Willi: „Morgen ist Sonntag. Morgen soll wohl mein Bruder kommen.“ (Fortsetzung folgt.)



**Rechtlosmachung der Elternbeiräte**

Im Namen der Städtischen Schuldeputation erläßt Stadtschulrat Fischer eine Verfügung zum Ministerialerlaß über Elternbeiräte, die den Elternräten die geringen Rechte, die sie in einzelnen Fällen erlangt haben, wieder beschneiden will. Es ist der alte preussische Bürokratismus, der aus dieser Verfügung spricht. Man beachte folgenden Satz: „Ganz verkehrt ist es, und die Aufgabe der Elternbeiräte in ihr Gegenteil verkehrend, wenn die Elternbeiräte die Eltern oder gar die Kinder aufsuchen, ihnen Beschwerdebriefe zuzutragen. Wenn den Elternbeiräten Klagen über einzelne Lehrer vorgebracht werden, empfiehlt es sich, den Beschwerdeführern zu raten, sich zunächst persönlich an den Schulleiter zu wenden oder ihm die schriftliche Beschwerde zuzufügen; wenn dies nicht beliebt wird, so ist der Schulinspektor oder die Schuldeputation die zuständige Instanz.“

In diesem Tone geht es zwei Druckseiten lang weiter. Zunächst sieht die zitierte Stelle im Widerspruch zum Erlaß des Ministers, der schreibt nur vor, daß persönliche Beschwerden nicht öffentlich behandelt werden sollen. Dazu ist der Minister auch nicht berechtigt, da es jedem freisteht, öffentlich Beschwerden vorzutragen, sofern er deren Wichtigkeit zu beweisen bereit ist; abgesehen aber von dieser Rechtsfrage, spricht aus der Verfügung des Herrn Fischer die deutliche Absicht, den einzelnen Erziehungsberechtigten wieder den ganzen beherrschenden Machtapparat gegenüberzustellen und die Elternräte auch von dem allergeringsten Einfluß auszuschalten. Der gute Untertan soll sich nach alt-preussischer Manier bei dem beschweren, gegen den er sich beschweren will. Im übrigen wird auf den berühmten Instanzenweg verwiesen. Wie trostlos müssen die Verhältnisse in der Schule sein, wenn diese oberen Instanzen fürchten, daß ein ganzes Lehrerkollegium trotz seiner formalen und autoritativen Überlegenheit, sich gegen ein paar ungebildete Arbeiter nicht würde durchsetzen können. Oder fürchten die oberen Instanzen, selbst überflüssig zu erscheinen, wenn die Beschwerden an Ort und Stelle ausgetragen werden?

In einer vom 7. Distrikt einberufenen Elternversammlung wurde am Montag zu dieser Frage folgende Resolution beschlossen:

Die zahlreich besuchte Versammlung protestiert aufs entschiedenste gegen die Beschränkung des Rechtes der Elternbeiräte durch die Anweisung der Berliner Schuldeputation. Sie verlangt eine Aufhebung der Bestimmungen und verpflichtet die Elternbeiräte, die Verfügung des Stadtschulrats Fischer, für die eine gesetzliche Grundlage fehlt, nicht zu beachten.

Zugleich wurde folgende zweite Resolution beschlossen: „Die heutige Versammlung erkennt in der Rechtlosmachung der Elternräte einen Einfluß des verfehlten reaktionären Verhaltens der oberen städtischen Bürokratie. Sie erklärt, daß Leute, die sich gelegentlich in Worten als moderne, sozial angehauchte Menschen geben, in der Tat jedoch die Geschäfte eines reaktionären Bürgertums besorgen, nicht geeignet sind, in einer Gemeinde mit sozialistischer Mehrheit im Sinne dieser Mehrheit tätig zu sein. Die Versammlung fordert die sozialistischen Fraktionen auf, dafür zu sorgen, daß die ausführenden Organe mit der Willensrichtung der Bevölkerungsmehrheit übereinstimmen.“

**Ein neuer Mord.**

Dienstag vormittag fand ein Hochbäuer im Grünwald Jagd 76 unweit der sogenannten Kaiserbrücke in einer Schonung unter einem Eichenbaum zwei Kartons. Beim Öffnen stellte sich heraus, daß sie Leichentelle enthielten, einen angebrannten Kopf und verschiedene Knochen, von denen das Fleisch abgelöst ist, sowie innere Teile der Eingeweide. Die benachrichtigte Kriminalpolizei stellte fest, daß es sich um eine 16-18jährige Person handelt, ob männlich oder weiblich, läßt sich noch nicht feststellen. Der Knopf mit Hals und Armen fehlt vollständig. Die Leichentelle waren eingewickelt in drei Tageszeitungen, die „Deutsche Tageszeitung“, ein „Acht-Uhr-Blatt“ und das „Berliner Tageblatt“ vom 31. Mai 1917, einem Ausschreiben der Firma Spindler und Krepppapier, wie solches als Ersatz von Nischlöchern viel verwendet wird. Unter diesen Papierstücken lag auch noch eine Papierervielle mit einem Blumenmuster, einem Rosenkranz. Außerdem fand man in den Paketen noch eine Krimmermütze, sog. Polenmütze. Die Kartons waren mit Papierbindfaden

verschützt und zusammengebunden. An dem Bindfaden war noch eine grüne, schmutzige Kalkbinde befestigt, an der beide Pakete anscheinend getragen worden sind. Der Schädel weist eine große Wunde auf. Ein Haarbüschel, das man in den Paketen vorfand, läßt die Vermutung zu, daß es sich um ein Mädchen handelt. Für die Auffindung der fehlenden Leichentelle, die Feststellung der Person, die die Pakete dort niedergelegt hat, und die Ermittlung des Täters wird eine hohe Belohnung ausgeschrieben.

**Lieferstreik märkischer Landwirte**

Die Milchversorgung Groß-Berlins ist durch Vorgänge im brandenburgischen Kreis Königsberg i. Neumark empfindlich betroffen worden. Nicht weniger als etwa 8200 Liter, das sind Zweidrittel der täglichen Vollmilchlieferungen aus diesem Kreise, sind gellern ausgeblieben. Dieses übereinstimmende Vorgehen der Milchlieferanten ist nach Mitteilungen aus dem Kreise auf einen Beschluß des Verbandes zur Wahrung der ländlichen Interessen des Kreises Königsberg zurückzuführen. Die insbesondere von der Kreisverwaltung mitgeteilt wird, wird im Kreise zu einem allgemeinen ländlichen Lieferstreik wegen der kommissarischen Neubefehung des Landratsamts ausgerufen. Der Magistrat Berlin hat die staatlichen Behörden dringend um Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Milchlieferungen ersucht.

**Verwaltungsbezirk 12.** Am Freitag, den 10. September, abends 7 Uhr, findet im Rathaus Steglitz (großer Sitzungssaal) eine Konferenz statt. Dazu sind geladen: die Stadtverordneten, Bezirksverordneten, die nachfolgenden fünf Kandidaten der Bezirksverordnetenliste, drei Delegierte der kommunalen Kommissionen, je ein Mitglied der Ortsverbände, die Obleute der kommunalen Arbeiterräte und die Obleute der Elternbeiräte. Erscheinen aller Genannten ist dringend erforderlich!

**Jugendweiche in Neukölln.** Vorbereitungen für die Jugendweiche mit Kindern und Eltern am Mittwoch, den 13., für die Teilnehmer am 19. September, am Mittwoch, den 22., für die Teilnehmer am 26. September. Kartenvorverkauf am Sonntag, den 12. September, von 9-11 Uhr vormittags, für den 19. September, von 11-1 Uhr für den 26. September. Parteigenossen erhalten Karten gegen vorherige Bestellung beim Bezirkskassierer.

**Treptow.** Am heutigen Donnerstag, 7 Uhr, findet in der Aula des Realgymnasiums, Neue Krug-Allee, eine allgemeine Elternversammlung statt. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht über die Ferienspiele durch den Ortsleiter. Die Ferienspiele sind von den hiesigen beiden sozialistischen Parteien veranstaltet und geleitet worden, was heftige Angriffe seitens der Bürgerlichen zur Folge hatte, so daß zahlreiches Erscheinen erforderlich ist. Gäste willkommen. Die Plenarsitzung tagt daselbst um 6 Uhr. Beschlusfassung in Sachen Witte-Schütt!

Die Wohnungsaustauschgesellschaft (S. K. f. W.), deren Geschäftsbereich wir auf Grund von Zuschriften in Nummer 306 der „Freiheit“ freitisiert, schickt uns eine „Richtigstellung“, worin erklärt wird, daß der Wohnungsaustausch durch eine von der S. K. f. W. herausgegebene Zeitung geschehe, die den Auftraggebern portofrei zugesandt werde. Die hohen Druckkosten usw. würden die hohen Gebühren rechtfertigen. — Wir raten allen, die einen Wohnungsaustausch vornehmen wollen, dies durch die Wohnungsämter zu tun, ohne deren Einwilligung der Tausch doch nicht vollzogen werden kann.

**Aus den Organisationen**

- 17. Verwaltungsbezirk, Fraktion und Unterabteilung für Nahrungsmittel und Kommunalisierung. Freitag, den 10. September, 7 Uhr, Sitzung im Stadtverordnetenversammlungssaal Lichtberg.
- 1. Distrikt, Freitag, 7 Uhr, öffentliche Volksversammlung im großen Saal von Huppold, Hasenheide. Thema: Die wirtschaftliche Notlage des Volkstums. Referent: Genosse Kraus.
- 4. Distrikt, Kinderkassenkommission. Freitag, 7 Uhr, Sitzung bei Edel, Weidenweg 18.
- 4. Distrikt, heute abend 7 Uhr Elternversammlungen in der Schule Warscheburger Str. 7, Reichensberg Str. 17-19. Da es sich um den Erlaß des Stadt-

schulrats Erlaß handelt, der die Elternbeiräte vollständig rechtlos machen will, ist es Pflicht aller Eltern und Erzieher, zu diesen Versammlungen zu erscheinen und die Richtparteiigenossen darauf aufmerksam zu machen.

- 3. Distrikt, Freitag 7 Uhr öffentliche Elternversammlung in der Aula der 7. Gemeindefaule Schulstr. 50. Tagesordnung: 1. Gegen die Entziehung der Elternbeiräte. 2. Religion und Schule.
- 10. Distrikt, Freitag, 7 Uhr, bei Härtner, Schönebergstr. 25, öffentliche Versammlung, Vortrag des Geheimrat Dr. med. Koll über das Thema: „Gibt es einen Kuss der Tugend?“
- 11. Distrikt, Freitag, 7 Uhr, Volksversammlung der Agitationskommission bei Janke, Hallesche Str. 12.
- 12. Distrikt, Freitag, 7 Uhr, Schulaula Kleinstr. 40, öffentliche Elternpreisversammlung gegen die Entziehung der Elternbeiräte.
- 17. Distrikt, Agitationskommission. Agitationsausweise zur Volksversammlung am Sonnabend, den 11. d. M. sind bei Kroll, Ullrichstr. 21, in Empfang zu nehmen.
- Charlottenburg, Bildungscommission. Die Sitzung am Donnerstag, den 11. fällt aus. Nächste Sitzung wahrscheinlich nächste Woche.
- Reutheim, Freitag, 7 Uhr, Sitzung der Schiedskommission bei Stöckmann, Köpenicker Ecke Kienbergstr. Freitag, 7 Uhr, Sitzung der kommunalen Kommission des Verwaltungsbezirks Neukölln. Stadt- und Bezirksverordnete sind dazu eingeladen.
- Tempelhof, Freitag, 7 1/2 Uhr, im Stadtheater, öffentliche Versammlung. Genosse Demning-Berlin spricht über: Kinderleben in der deutschen Republik. Willst du Funktionäre ist für guten Besuch Sorge zu tragen.
- Distrikt Neukölln-Neudorf. Sonnabend, 9 1/2 Uhr, Distriktskonferenz, Tagesordnung: 3. Internationale. Referent: Gen. Stöcker. Es ist Pflicht jeder Ortsgruppe und Kommission vertreten zu sein.
- Verwaltungsbezirk Südendhausen und Umgegend. Straßender Hof Freitag, Klatsch abholen. — Gernersdorf, Sonntag, den 12. September, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung. — Schwanenheide, Sonntag, den 12. September, nachmittags 4 Uhr, öffentliche Versammlung. Thema: Religion und Polen und die Stellung der Arbeiterklasse. Es wird um rege Agitation gebeten.
- Reutheim-Neudorf, Freitag, 7 1/2 Uhr, bei Franke, Reichensbergstr. 106, Sitzung der Landtagskommission.
- Reutheim-Neudorf, Freitag, 7 1/2 Uhr, im Volksklub.
- Teufel, Jugendkommission. Sitzung Donnerstag, pünktlich 7 Uhr, bei Christen. Weidenweg. Donnerstag, den 8. September, abends 7 Uhr, bei Rofke, Sitzung der Frauen- und Kinderkassenkommission.

**Bereinskalendar**

Zentralverband der Angestellten. Nachgruppe 17, 1 (Konsum-Gesellschafts-Gruppe). Die für Donnerstag, den 8. September, anderweite Mitgliederversammlung ist verlegt. Termin wird noch angegeben.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Donnerstag: Nachgruppe 4 (Kantinenkassen): Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsrats-Obmann nach 4 Uhr im Schallberg. Ede Schmidt und Neue Jakobstraße. — Nachgruppe 6 (Waldtransporter): Mitgliederversammlung 7 Uhr, Restaurant Schirm, Charlottenstr. 7. — Nachgruppe 10, 20, 3, 4 (Konsum): Mitgliederversammlung 7 Uhr, Verbandssaal, Kater Saal, Reichenberger Str. 7-10. — Nachgruppe 12 (Angestellten- und Arbeitervereine des Kohlenhandels und der Kleinrentnervereine): Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr, Sophienstr. 17-18. — Nachgruppe 15 (Beramantkonzern und Ubrige): Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr, Völkchenstr. 10, 11. — Nachgruppe 17, 18 (Kantinenhandel): Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr, Verbandssaal, Kater Saal, Reichenberger Str. 7-10.

Band der technischen Angestellten und Beamten. Am Donnerstag, den 8. September Mitgliederversammlung Südendhausen, abends 7 1/2 Uhr im Restaurant „Am Bierglocke“, Reichenberger Str. 106, Charlottenburg 1, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Zwangenerstraße Ecke Kienbergstr. Charlottenburg 3, abends 7 1/2 Uhr, Reichenberger Saal, Wilmersdorf, Ecke Schillerstraße, Norden 1, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Edwards“, Feldstr. 3, Osten 1, abends 7 1/2 Uhr, im Hochschülerrestaurant, Straßburger Allee 48.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Vertrauensleute aus dem Buchhandel, Freitag, 7 Uhr, wichtige Sitzung bei Wiemer, Hülshorst 18.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Rohlenarbeiter. Sonntag nachmittags 9 1/2 Uhr, Volksversammlung bei Henzler, Weidenweg 18.

Freie sozialistische Jugend und Arbeiterjugend. Alle auf dem Boden der Gewerkschaften lebenden Jugendlichen treffen sich Donnerstag, 7 Uhr, im Jugendheim, Alte Fehldorf 120.

Touristen-Berein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin, Wkt. Südwest. Treffpunkt am Kienbergsee, Wkt. Sonnabend 124 nachmittags vom Reheter Fernbahnhof nach Groß-Bechnitz. Gäste willkommen.

Freie Schwimmer Charlottenburg. Am Donnerstag, den 8. d. M., findet wieder die 10. Jahreshauptversammlung statt. Anfang abends 7 Uhr.

Verband Volksgehilfe. Heute 1/8 Uhr, Neudorfstr. 12, Vortrag des Gen. Hofauf: „Sozialismus und Familie“.

**Lebensmittelkalendar**

Berlin. Der Wähler 9 der alten Berliner Bezugskarte wird hiermit für unzulässig erklärt. Von heute ab auf Berliner Bezugskarte haben Wähler Zutritt. Es wird darauf hingewiesen, daß vom 15. September ab die Zwangsbeimessung für Kartoffeln aufhört.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Dieckhoff, Berlin-Friedenau. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kaminer, Karlshorst. Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 80.

**Die drei springenden Punkte**



Verkauf an jedermann

beim Einkauf finden Sie in den Verkaufsstellen der

Geöffnet 8-1, 4-7

**Neuköllner Großhandels-gesellschaft m. b. H.**

Pflügerstr. 7 / Donaustr. 131 / Janjastr. 4 / Hermannstr. 5 / Mainzer Str. 45 / Steinmehstr. 114 / Herrfurthstraße 9 / Weisestr. 35 / Kirchhoffstr. 42 / Rogatstr. 11 / Boddinstr. 45 / Kneisebeckstr. 24 / Hermannstr. 142

<p><b>Altmetalle</b> Zinn Quecksilber, Zahngebisse Blatin, Gold, Silber weit über Tagespreis Brunnerstr. 11 Beusselstr. 29 Fennstr. 48</p>	<p><b>Kupfer, Messing</b> Hochg., Viel, Slav, Quecksilber, Paganmetall, Zinn, Platin, Gold, u. Silber besuch zahlr über die Tagespreise Gr. Frankfurter Str. 63</p> <p>Messing, Kupfer, Zinn, Blei, Quecksilber und sonst. Altmetalle 50 Pl. über Tagespreis Waßmannstr. 22</p> <p>Göhrle &amp; Metzelpreise für Altmetalle Pflügerstr. 10 am Pflügerstr. Platz.</p>	<p><b>Altmetalle</b> Quecksilber, Zahngebisse auch zu Schmelzpreisen Weidenweg 72. Vielere kaufen zu höchsten Preisen Reichen, Hülshorst, 10.</p> <p><b>Kupfer Rotguß Messing Zinn Quecksilber</b> sowie alle andern Metalle zu höchsten Tagespreisen. Metallengros J. Abusch Blankenroßdstr. 5, am Alexanderpl. u. Jannebr.</p>	<p>Hohe Preise zahlt für Kupfer Hochg., Messing, Blei, Zinn, Aluminium, Stahl, Spinn, Nickel, Quecksilber, Zinn Schönhäuser Allee 143.</p> <p>Kupfer 12.00 per kg Rotguß 11.50 " Messing 6.50 " Zinn, Völkchen-Str. 10 Kempner Allee 215 Hülshorst Str. 62 Pflügerstr. 9.</p> <p>Reinzinn p. kg. 36.— bei größeren Völkchen weit mehr Gr. Frankfurter Str. 116, u. d. Androssstr. Wkt. 2003.</p>	<p><b>Kupfer, Messing</b> Hochg., Viel, u. h. Viel, sowie Zinn, Stylan, W. Kupfermetall, Quecksilber, Zinn min. hoch, wie bekannt höchst. Tüchtler Straße 81 (Poden) an der Frankfurter Allee.</p> <p>Kupfer 13.— Messing 6.— Altmetall 23.— Zinn u. b. 35.— Zahlen bei ardueren Völkchen L. Reuchlin, Steinmehstraße 18 H. Hülshorst, Jungferstraße 23</p> <p>Kupfer 13.20 Messing 6.20. Zahlr die höchsten Preise. Zentralbank, Borsigstraße 1</p>	<p>Zinn rein 35.— Quecksilber, Eisen, Kupfer, Messing (ämliche Altmetalle höchste Preise. Metallgeschäft Prinzessinnenstr. 17 (Karlsh.)</p> <p>Kupfer 13.20 Messing 6.00 u. u. Schönhäuser Allee 80. (am Ringbl. Schönhäuser Allee)</p> <p><b>Altmetalle</b> Quecksilber zahlr wieder die höchsten Preise. 48 Stromstr. 48</p>	<p>Die Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale Rettbuser Damm 60, am Hermannplatz, kauf Kupfer, Messing, Blei, Zinn.</p> <p>Salt Die höchsten Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zinn, und Quecksilber zahlr 1 Oberberger Straße 1 Lothringer Straße 48 am Reichensberg Platz Bernauer Straße 98</p>	<p>Quecksilber, Zinn, Kupfer, Rotguß, Messing, Aluminium. Blei, Zinn Metall-Großhandlung Charlottenburg Waldstr. 33. Tel. 2313, 1873.</p> <p>Zinn bis 35.— u. Stylan, Weidenweg 72. Kupfer! Messing! Zinn! Aluminium! Nickel! Stannium! Silber! Quecksilber! Höchstpreise! Höchstpreise! Höchstpreise! Salpetersaures Silber! Zahngebisse, Zahn bis Goldbrunnen! Silberbrunnen! Platinbrunnen! Höchstpreise! Höchstpreise! Höchstpreise! Einkaufsbüro, Weidenweg 72.</p>
--	--	--	--	--	--	--	--